



Aktueller Begriff

Ein Klimaschutzinstrument gegen die Entwaldung: REDD+

REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) ist ein neues Instrument der internationalen Klimaschutzpolitik. Es bezeichnet **den Erhalt und Ausbau von Wäldern** in Entwicklungs- und Schwellenländern, finanziell kompensiert von den Industrienationen. Wälder binden Kohlendioxid und tragen so zum Klimaschutz bei, bieten aber auch einen essenziellen Lebensraum für indigene Völker wie für 50 bis 70 Prozent der landlebenden Pflanzen- und Tierarten. Bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen hat man sich 2009 geeinigt, REDD+ in ein künftiges Klimaschutzabkommen einzubeziehen. Die Modalitäten der Finanzierung, Kontrolle und Umsetzung sind aber bisher nicht verbindlich geregelt. REDD+ wird erneut Gegenstand der diesjährigen **Klimakonferenz im südafrikanischen Durban** sein. Unabhängig davon gibt es verschiedene Initiativen, um die Voraussetzungen für REDD+ zu schaffen und es zu erproben.

Die Waldzerstörung schreitet mit 13 Millionen Hektar pro Jahr voran, einer Fläche beinahe so groß wie Griechenland. Weltweit wächst auf einer Fläche von vier Milliarden Hektar Wald. Laut IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) trägt die Entwaldung mit 17 Prozent zu den Treibhausgasemissionen bei. Dies ist mehr als der Verkehr weltweit verursacht. Die größten Waldverluste ereignen sich in tropischen Regionen. Unter Klimaforschern besteht kein Zweifel, dass der Erhalt von Wäldern verglichen mit technischem Klimaschutz preiswert, risikoarm und effizient ist und eine große und dauerhafte Minderung von CO₂-Emissionen ermöglicht.

2007 rief die Klimakonferenz mit dem Bali-Aktionsplan zu Initiativen zur Reduktion der Emissionen aus Entwaldung und Waldzerstörung auf (REDD). Auf dieses Mandat der Vertragsstaatenkonferenz hin entwickelte sich der REDD+-Mechanismus. Darin wurde das Ziel der Emissionsreduktion aus Entwaldung und Waldverlusten (REDD) um die Erhaltung von Wäldern, nachhaltiges Waldmanagement und die Erhöhung des Kohlenstoffvorrats von Wäldern ergänzt (daher REDD+). Wenn ein Entwicklungsland aufforstet oder Wälder schützt, soll es über REDD+ Kompensationszahlungen von Industrienationen erhalten. In der Kopenhagen-Vereinbarung von 2009 ist die Umsetzung des REDD+-Mechanismus in einem potenziellen Klimaschutzabkommen nach 2012 verankert. Auf der Klimakonferenz in Cancun verständigte man sich, dass zunächst nationale Umsetzungspläne, Treibhausgasemissionsinventare und transparente nationale Waldmonitoringsysteme erarbeitet werden. Zur Bestimmung der Treibhausgasemissionen aus der Landnutzung und aus Waldbeständen werden die Richtlinien des IPCC zur Ermittlung von Emissionen infolge von Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Waldbeständen (LULUCF) herangezogen. Weitere bindende Vereinbarungen für die Realisierung von REDD+ gibt es bisher nicht.

Nr. 30/11 (06. Oktober 2011)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Neben den Klimaschutzverhandlungen wurden nach dem Bali-Aktionsplan Programme aufgelegt, um Entwicklungsländer in der Entwicklung von Plänen und Instrumenten für REDD+ zu unterstützen. So gründete die Weltbank auf deutsche Initiative hin die **Forest Carbon Partnership Facility** (FCPF). Deutschland hat 44 Millionen Euro für die FCPF zugesagt, die insgesamt 345 Millionen Dollar umfasst. Der FCPF entwickelt Qualitätsstandards für REDD+ und fördert in 37 Partnerländern in Afrika, Lateinamerika, der Karibik, in Asien und dem Pazifik die Entwicklung nationaler REDD+-Strategien und den Aufbau der institutionellen Rahmenbedingungen. Noch in diesem Jahr werden die ersten Länder für Emissionsminderungen durch Waldmanagement Geld beantragen können. UNDP (United Nations Development Programme), UNEP (United Nations Environment Programme) und die FAO (Food and Agriculture Organisation of the United Nations) haben mit **UN-REDD** eine eigene Initiative initiiert. Diese soll REDD+ in walddreichen Entwicklungs- und Schwellenländern etablieren und zu diesem Zweck Wissen zum Aufbau eines REDD-Systems transferieren. Zurzeit beläuft sich der Fonds auf 112 Millionen Dollar. Für 2011 bis 2015 rechnet man mit 350 bis 400 Millionen. Das Programm umfasst 29 Länder aus Afrika, dem asiatisch-pazifischen Raum und Lateinamerika.

Inwieweit REDD+ künftig in den Katalog der rechtsverbindlichen Klimaschutzinstrumente – wie der Emissionshandel – aufgenommen wird, hängt von den Verhandlungen über ein Post-2012-Klimaschutzabkommen ab. Neben der Finanzierung ist die konkrete Ausgestaltung des Instruments nicht geklärt. REDD+ könnte zum einen über einen Fonds, in den Geberländer einzahlen, oder zum anderen über Zertifikate analog zum Emissionshandel finanziert werden. Weiterhin schlugen Wissenschaftler drei Phasen der Realisierung vor: Die Anfangsphase „Readiness for REDD“ soll in eine zweite Phase fondsfinanzierter REDD+-Programme überleiten. Erst in der dritten Phase soll der REDD+-Mechanismus mit dem Emissionshandel verknüpft werden. REDD+ könnte zudem auf zwei Arten praktiziert werden. Als projektbasierter Mechanismus würde jedes Waldmanagementprojekt bezogen auf seine Fläche bewertet, also der dort gebundene Kohlenstoff bilanziert. Dem gegenüber ist es möglich, REDD+ national anzulegen, indem der nationale Waldbestand und dessen Kohlenstoffinventar erfasst werden. Damit eine Reduktion der Entwaldung finanziell kompensiert werden kann, müssen Vergleichswerte (Referenzszenarien) festgelegt werden, beispielsweise die durchschnittliche Entwaldungsrate in zurückliegenden Jahren („Baseline“). Bei einer derartige Bemessungsgrundlage könnten allerdings diejenigen Länder belohnt werden, die in der Vergangenheit massive Waldrodungen vorgenommen haben. Um diesen unerwünschten Anreiz zu verhindern, schlagen Forscher einen nationalen Referenzwert vor, der sich auf ein weiter zurückliegendes Jahr bezieht – analog zum Referenzjahr 1990 im Kyoto-Protokoll. In der Diskussion über REDD+ wird aber auch immer wieder die Sorge laut, dass durch den Schutz der Wälder in einem umschriebenen Gebiet die Entwaldung andernorts beschleunigt wird und der Klimateffekt verpufft. Das Risiko einer solchen Verlagerung ist bei einer projektbasierten und damit flächenbezogenen Ausgestaltung von REDD+ besonders groß (subnationale Verlagerung) und hängt maßgeblich von den Kontrollmechanismen ab.

Quellen:

- UN-REDD (2008). UN Collaborative Programme on Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries (UN-REDD), <http://www.un-redd.org/>
- Öko-Institut (2008). Climate Change 16/08, <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3672.pdf>
- Umweltbundesamt (2010). Climate Change 11/2010. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3966.pdf>
- Donner, Susanne; Winter, Angela (2011). Der REDD-Mechanismus. Ausarbeitung, WD 8 – 3000 – 082/11.